Rainer Schwarz

Ergebnisse der Arbeitsgruppe II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft

Dr. Konrad Hummel, Augsburg, Deutschland
Janice Hoiles, Brighton, Großbritannien
Dr. Maria Joaquina Marques Serrão, Leiria, Portugal

Die Stadt Augsburg aus Deutschland präsentierte ihren Versuch, die Steuerung aus dem Stadtteil heraus zum Steuerungsprinzip der kommunalen Administration zu entwickeln. Wichtigstes Merkmal dieser Stadtteil bezogenen Steuerung ist eine umfassende Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen in die Entwicklungsprozesse des Stadtteils und die Einbindung vieler weiterer gesellschaftlicher Sphären wie lokale Wirtschaft, Verbände, Vereine und Initiativen. Diese Steuerung erfüllt sich im Wechselspiel von Wirtschaft, Bürgerschaft (Zivilgesellschaft) und Stadtverwaltung. Grundlage für ein exemplarisches Steuern auf Stadtteilebene in besonders schwierigen Stadtteilen (als Modell für eine spätere generelle Steuerungsphilosophie) ist der soziale Konsens und die grundsätzliche Solidarität zwischen den Milieus der Stadt. Augsburg geht mit seinen Stadtteilen aus dem Programm „Soziale Stadt“ und E&C/LOS den ersten Schritt und dies bedeutet für das praktische Vorgehen eine Umstellung der gesamten Verwaltung(sdisziplinen) auf eine stadtteilorientierte Organisation. Arbeitsfelder für das Zusammenbringen lokaler Akteure sind u.a. differenzierte Wohnungssanierung und Wohnumfeldgestaltung, gemeinsame präventive und intervenierende Formen Sozialer Arbeit. In den sozialen Brennpunkten forciert die Stadt die Entwicklung des Dritten Sektors. Diese wird jedoch bei der Nutzung von Förderprogrammen noch stark von der sektoralen nationalen (und europäischen) Politik im Gegensatz zur initiativen, integrierten Stadtteilpolitik behindert. Im Bündnis für Augsburg versucht die Stadt, unterschiedliche Programmatiken und professionellen Akteure der traditionell sektoralen Arbeit mit partizipativer Stadtteilarbeit zu verbinden.

Brighton, Großbritannien stellte sich mit dem Projekt "eb4U – east brighton's communities working together" vor. Grundlage für das Vorgehen ist das britische Programm "New deal for communities" in Kombination mit verschiedenen europäischen Programmen. Im Stadtteil East Brighton kumulierten nach dem Wegfall ganzer Industriezweige soziale und infrastrukturelle Probleme. Die Stadt versucht mittels eines intensiven „Neighbourhood Management“ Partizipation und Beteiligung der Bevölkerung an der Lösung der sich auftürmenden Probleme zum Handlungsprinzip werden zu lassen. Hierbei müssen die Akteure die gewachsenen, teils ethnisch bestimmten Strukturen im Stadtteil berücksichtigen. So werden Managements in mehreren Quartieren platziert. Wichtige Formen der Beteiligung, die hier neu eingerichtet werden, sind: Das Prinzip, alle Projekte im Stadtteil werden durch Bewohnergruppen des Stadtteils mitentschieden und gestaltet. Jugendliche werden in Gremien repräsentativ beteiligt und durch „Young advisor pilots“ und „Peer consultants“ umfassend herangezogen. Für und mit Jugendlichen wird ein eigenes Stadterneuerungsprogramm „Jugend für die Zukunft“ gestaltet. Alle Prozesse werden in der Projektsteuerung durch Monitoring und Evaluation begleitet und die Ergebnisse den Akteuren zur Verfügung gestellt. Maßstab für den Erfolg der Projekte sind die Resultate gemessen an den vereinbarten Entwicklungszielstellungen, ihre Langfristigkeit und finanzielle Unabhängigkeit. In den Quartieren ist die soziale Benachteiligung der Bewohner-Gruppen immer Ausgangspunkt des Herangehens und die Suche nach Möglichkeiten der

Einbeziehung steht im Mittelpunkt der Anstrengungen. Auch die Mittelvergabe an die Stadtteile erfolgt über einen Benachteiligtenproporz.

In Leiria, Portugal werden die Möglichkeiten, die sich mit der Verlagerung der Gestaltungsmacht auf die kommunale Ebene in den letzten Jahren ergeben haben, genutzt, um insbesondere in Stadtteilen und Quartieren, die von schlechter Bausubstanz gekennzeichnet sind und häufig von Zuwander/innen aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien bewohnt werden, ein integriertes Vorgehen in der Stadtentwicklung zu etablieren. Das Vorgehen dient der sozialen Entwicklung und dem sozialen Fortschritt in den Städten. Es beinhaltet u.a. die Optimierung der Behördenstruktur auf den Stadtteil, generationenübergreifendes Arbeiten, interkulturelles Arbeiten und eine Stärkung des Selbstbewusstseins der Bewohner/innen (Empowerment). In verschiedenen Formen der Zusammenarbeit werden in dem Stadterneuerungsprozess die Strategien und Ressourcen unterschiedlicher Ministerien (Schule, Gesundheit, Jugend), verschiedener Einrichtungen und Träger sowie Wohnungsbesitzer und der örtlichen Wirtschaft einbezogen. Zielgerichtet wird versucht, hier Synergien herzustellen. Grundlage für die Beteiligung der Bewohner/innen sind Stadtteilforen und aktionsbezogene Beteiligungsinstrumente. So gelingt es z.B., das Projekt „Besser Leben“ auf die Grundlage einer aktiven Bürgerschaft zu stellen.

Zusammenfassend scheinen folgende Thesen und Aussagen von besonderem Interesse für einen weiteren transnationalen Diskurs über die Gestaltung von Good Governance und integrierten Ansätze in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf:

- Das Agieren in integrierten Handlungskonzepten ist in europäischen Städten wichtigster Bestandteil zur partizipativen Entwicklung von Stadtteilen und Quartieren, in denen sich soziale und strukturelle Probleme konzentrieren. Die hier gewonnen Erfahrungen kommunaler Politik und kommunaler Steuerung können Grundlage für eine moderne Entwicklung der Städte insgesamt sein.
- Die Entwicklung von „Good Governance“ im Stadtteil verläuft derzeit im Spannungsfeld zwischen sektoral ausgerichteten nationalen und europäischen Politiken und initiativer, integrierter Stadtentwicklung. Der Ausgestaltung und Stärkung des Dritten Sektors kommt in diesem Spannungsverhältnis besondere Bedeutung zu.
- Integratives Vorgehen ist mehr als ein additiver Prozess der stadtteilbezogenen Ausrichtung sektoralen Planens und Handelns. Hierzu gehören Strategien des Festlegens gemeinsamer Entwicklungsziele für den Stadtteil und des Gewinnens der hierfür vorhandenen Ressourcen.
- Im Dreiecksverhältnis von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat gilt es das bürgerschaftliche Engagement aller Seiten zu stärken, um so Langfristigkeit, Transparenz und Legitimität für eine soziale Entwicklung in den Städten zu sichern.
- Beteiligung an stadtteilorientierter Steuerung bedeutet auch, „machtvolle“ Entscheidungen in den Stadtteil und in bürgerorientierte Entscheidungsformen zu geben.
- Die nachhaltige Entwicklung von Bildungs-, Berufs-, Gesundheits-, und Integrationschancen bedarf einer deutlichen Verschiebung der Investitionen von intervenierenden Systemen hin zu präventivem Agieren. Zugleich gilt es, die Prävention – das Gestalten von Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen – auf die Basis breiter gesellschaftlicher Bündnisse zu stellen.
- Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und sollte sich in allen Feldern kommunalen Handelns wieder finden – Jugend als „Mainstream“ sozialer Stadt(teil)entwicklung.